

- ☐☐ **Verfassungswidrige Regelsätze**

Die Kanzlerin müsse Farbe bekennen und erklären, ob sie und ihre Regierung sich endlich von der verfassungswidrigen Berechnung des Regelsatzes verabschieden wollen oder ob sie sich die nächste höchstrichterliche Ohrfeige aus Karlsruhe abholen wollten, erklärt Dagmar Enkelmann, 1. Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion Die Linke, zu den aktuellen Forderungen des DGB an die stockende Hartz IV-Reform.

Enkelmann weiter: “Die Linke hat bereits seit längerem in verschiedenen Dokumenten die Kritik an der Regierungsvorlage fundiert formuliert und verfassungskonforme Alternativberechnungen vorgelegt. Wenn die Hartz IV-Parteien an einer gerichtsfesten Regelung interessiert sind, können sie auf diese Unterlagen zurückgreifen. Es steht aber zu befürchten, dass der Regelsatz im Ergebnis eines politischen Kuhhandels auf seinem verfassungswidrigen Niveau bleiben wird.

Ich habe mit großer Verwunderung zur Kenntnis genommen, dass der Parteivorsitzende der SPD, Sigmar Gabriel, in aktuellen Äußerungen die Forderung nach – zumindest – verfassungsfesten Regelsätzen nicht einmal erwähnt. Das kann kein Zufall sein. Offenbar hat sich die SPD bereits mit einem Regelsatz von 364 abgefunden.”

- **Arbeitnehmer-Mitbestimmung**

Wenn Arbeitnehmer an wichtigen Unternehmensentscheidungen beteiligt werden, arbeiten sie motivierter und zugleich produktiver. Diesen Zusammenhang weist eine aktuelle Studie nach, die beim Bonner Institut zur Zukunft der Arbeit (IZA) erschienen ist. Im Verhaltensexperiment erhöhte sich die Arbeitsleistung um neun Prozent, nachdem die Beteiligten über das für sie geltende Entlohnungsmodell abstimmen konnten.

Dass eine stärkere Einbeziehung der Mitarbeiter in betriebliche Entscheidungsprozesse die Motivation fördert, ist seit langem bekannt. Allerdings ist der damit verbundene Produktivitätseffekt in der realen Arbeitswelt nur schwer messbar. Wissenschaftler an

der University of Massachusetts und dem Middlebury College im US-Bundesstaat Vermont entwickelten deshalb ein Verhaltensexperiment, in dem 180 Probanden durch das Lösen von Rechenaufgaben Geld verdienen konnten.

Dabei wurden die Teilnehmer in Dreiergruppen aufgeteilt. Die Hälfte der Teams konnte per Mehrheitsbeschluss selbst darüber entscheiden, ob der gemeinsam erwirtschaftete Gewinn zu gleichen Teilen oder nach Leistung gestaffelt an die Mitarbeiter ausgezahlt werden sollte. Die andere Hälfte hatte auf das Vergütungsmodell keinen Einfluss.

Das Experiment führte zu einem eindeutigen Resultat: Konnten die Teilnehmer mitbestimmen, waren sie leistungsbereiter und bearbeiteten im Schnitt sieben Prozent mehr Aufgaben. Zudem stieg die Produktivität, gemessen an der Zahl der richtig gelösten Aufgaben, um neun Prozent. Dabei spielte es keine Rolle, für welches Lohnmodell sich die Gruppe entschieden hatte.

"Auch wenn sich die betriebliche Praxis unter Laborbedingungen nicht vollständig abbilden lässt, liefern

diese Beobachtungen ein starkes ökonomisches Argument für mehr Demokratie am Arbeitsplatz", sagt der Verhaltensökonom Jeffrey Carpenter, der die Studie mitverfasst hat. Auch für Deutschland seien aus einer stärkeren Verbreitung von Modellen zur Mitarbeitermitsprache nennenswerte Produktivitätszuwächse zu erwarten.

- **Lesetipp: Badische Zeitung -
Wo Chef ein Schimpfwort ist**

- **□ □ Lohndumping durch
Regierung**

“Union und FDP wollen nach den Kombilöhnen nun auch mit der Kombirente die Löhne drücken“, so Matthias W. Birkwald, rentenpolitischer Sprecher der Fraktion Die Linke, zu der von Union und FDP geplanten Änderung der Zuverdienstgrenzen. „Damit würde die Rente über kurz oder lang von einer Lohnersatz- zu einer Lohnergänzungsleistung gemacht. Dumpinglöhne mit Renten aufzustocken ist der falsche Weg, Alterseinkommen

zu verbessern“, so Birkwald weiter.

Von der Rente müsse man leben können ohne zusätzlich arbeiten zu müssen. Unter anderem müssten die Dämpfungsfaktoren in der Rentenformel gestrichen und die Altersbezüge sofort um vier Prozent erhöht werden. „Das wäre für Rentner und Beschäftigten deutlich besser

als Lohndrückerei durch
Rentnerarbeit.”

- □ □ **Menschenkette
gegen Atomenergie**

Am Samstag, 12. März
2011, organisieren der
Bund für Umwelt und
Naturschutz Deutschland
(BUND), die
Anti-Atom-Organisation
.ausgestrahlt, Campact,
Robin Wood und die
NaturFreunde
Deutschlands eine etwa
45 Kilometer lange
Menschenkette gegen

Atomenergie – vom
Atomkraftwerk (AKW)
Neckarwestheim bis nach
Stuttgart. Mit der
spektakulären
Anti-Atom-Aktion wollen
die Verbände ausgehend
von Baden-Württemberg
einen Richtungswechsel
der bundesweiten
Energiepolitik einläuten.
Unter dem Motto "Den

Atomausstieg in die Hand nehmen!", fordern sie die Bevölkerung auf, sich an dem unübersehbaren Signal gegen Atomenergie zu beteiligen.

Der Beschluss der Bundesregierung für die Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken dient

allein den
Stromkonzernen, sie
verdienen daran fast 100
Milliarden Euro. Die
Entscheidung wäre ohne
den Pro-Atom-Kurs von
Bayern,
Baden-Württemberg und
Hessen nicht zustande
gekommen, erklärte der
Sprecher der
Anti-Atom-Organisation

.ausgestrahlt Jochen
Stay: "Aber jetzt ist die
Anti-AKW-Bewegung so
stark wie nie."
Hunderttausende gehen
auf die Straße, weil sie
diese gemeingefährliche
Atompolitik nicht
hinnehmen wollen.

Der
Campact-Geschäftsführer
Christoph Bautz
prognostizierte, dass
sich mehrere
zehntausend Menschen
aus dem ganzen
Bundesgebiet am 12.
März 2011 zur
Menschenkette
aufmachen werden. "Sie
fordern, dass jetzt die

Bundesländer den Ausstieg aus der Atomkraft selbst in die Hand nehmen, den die Bundesregierung den Bürgern verweigert. Eine neue Landesregierung in Baden-Württemberg muss hier den Anfang machen - und per Atomaufsicht Reaktoren abschalten", sagte

Bautz.

"Mit der Menschenkette
von Stuttgart nach
Neckarwestheim
machen wir deutlich,
dass der Schrottreaktor
in Neckarwestheim
sofort abgeschaltet

werden muss. Mit
dessen Weiterbetrieb
beweist die
Landesregierung, dass
sie eine profitorientierte
Steinzeitpolitik
betreibt", so Uwe
Hicksch,
Vorstandmitglied der
NaturFreunde
Deutschlands.

Die amtierende Landesregierung in Baden-Württemberg zählt zu den starken Verfechtern der Atomenergie, obwohl die Atommüllfrage ungelöst ist. "Egal wie sich die Landesregierung nach der Wahl am 27. März

2011 zusammensetzt:
Sie muss den
Atomausstieg selbst in
die Hand nehmen und
die Meiler in
Neckarwestheim und
Phillipsburg stilllegen.
Hierzu braucht es eine
konsequente
Atomaufsicht, die
höchste

Sicherheitsanforderungen stellt", erklärte der BUND-Landesgeschäftsführer Berthold Frieß.

- Mehr
Informationen zur

Geschrieben von: Baraka

Mittwoch, den 02. Februar 2011 um 06:00 Uhr

Menschenkette am

12.3.2011

- □ □

Schattenbanken und neue Finanzblasen

Nach Ansicht des

Deutschen
Gewerkschaftsbunde
s (DGB) hat die
Politik mittlerweile
erkannt, dass “die
Finanzbranche sich
neuen Spielregeln
unterwerfen muss“.
Allerdings greifen die
bisherigen

Regulierungen – so
der DGB in einer
heute verbreiteten
Mitteilung – “nicht
weit genug“. Nach
Angaben des DGB
blieben “dank starker
Lobby bisher
Hedgefonds,
Private-Equity-Firme

n oder bankeneigene
außerbilanzielle
Zweckgesellschaften
von strengen
Regulierungen
weitestgehend
verschont“.

Ein neues
unreguliertes
Schattenbankensystem
sei im Entstehen
begriffen.
Organisiert werde
dies von Banken,
“um Regulierungen
zu umgehen“. Falls

sich dies nicht
ändere, “bliebe am
Ende alles beim
Alten. Nur der
Schauplatz wäre ein
anderer“, so der
DGB. Schattenbank
en sind
Finanzinstitute, die
bankenähnliche

Funktionen ausüben,
ohne jedoch wie
Banken adäquat
reguliert zu sein. Sie
unterliegen keinen
Eigenkapitalvorschrif-
ten und benötigen
keine größeren
Liquiditätspuffer.

Hingegen müssen
herkömmliche
Banken gemäß
internationaler
Eigenkapitalvorschriften
des Basel
III-Ausschusses in

Zukunft mehr
Eigenkapital für ihre
Geschäfte
hinterlegen und
größere
Liquiditätspuffer
bilden. Zudem muss
der Großteil der
Verbriefungsgeschä

fte in den Büchern
ausgewiesen
werden.

Vergütungsregeln
müssen sich
nunmehr an
längerfristigen
Erfolgen orientieren.
Strengere

Anforderungen
schmälern aber die
Rendite.

Hedgefonds sind in
Europa nicht
unmittelbar

reguliert, sondern
nur ihre Manager.
Aber selbst diese
Regulierung ist
enorm schwach
und beschränkt
sich im
Wesentlichen auf
mehr Aufsicht.

Hedgefonds dürfen
sich weiterhin ihr
Eigenkapital selbst
vorschreiben und
so ihre Geschäfte
mit enorm viel
Fremdkapital
finanzieren. Das
macht sie für

Banken attraktiv. Erste Anzeichen, dass Geschäftsbanken die Regulierung umgehen, zeigen sich – so der DGB – bereits in den USA.

Im Gegensatz zu
Deutschland ist
dort der
Eigenhandel mit
Finanzmarktproduk
ten mittlerweile
untersagt. Nun
machen sich
Goldman Sachs,

Merrill Lynch & Co.
daran, neue
Banken im
Schatten der
Finanzmarktregulie
rung zu gründen.
Die
Verbindlichkeiten
aller

Schattenbanken in
den USA werden
inzwischen auf 15,3
Billionen US-Dollar
geschätzt. Dies
sind 2,3 Billionen
US-Dollar mehr als
die
Verbindlichkeiten

der herkömmlichen
Geschäftsbanken.
Das Fundament
einer neuen
Finanzblase ist
somit gelegt.

Der DGB fordert
die
verantwortlichen
Politiker deshalb
auf, es soweit nicht
kommen zu lassen.
“Die neuen
Schattenbanken”
müssten “im Keim

erstickt werden,
bevor sie neues
Unheil anrichten“.
“Darum müssen
alle am
Finanzmarkt tätigen
Institute ohne
Ausnahme in den
Einflussbereich der

Regulierungsinstan
zen,“ fordert der
DGB. “Zudem
müssen
verbesserte
Transparentvorschr
iften durchgesetzt
und Steueroasen
ausgetrocknet

werden.”

Auch Banken
müssten im Sinne
des
volkswirtschaftliche
n Nutzens

wirksamer reguliert
werden. “Das
Bankensystem
muss sich wieder
auf das traditionelle
Geschäft mit
Einlagen und
Krediten besinnen,”
so der DGB. “Der

Eigenhandel der
Banken mit
Finanzprodukten”
müsse deshalb
“untersagt werden“.

Geschrieben von: Baraka

Mittwoch, den 02. Februar 2011 um 06:00 Uhr

{jcomments on}